1	Alliar	nder Netz	Heinsberg GmbH	1	
	1.1	Mit Sch	nreiben vom 07.02.2017	1	
		1.1.a	Gasleitungen	1	
		1.1.b	Tiefbauarbeiten	1	
		1.1.c	Beschlussempfehlung	1	
2	Kreis	Heinsbe	rg, Amt für Bauen und Wohnen	1	
	2.1	Mit Sch	nreiben vom 31.01.2017	1	
		2.1.a	Schall / Schatten	1	
		2.1.b	Beschlussempfehlung	2	
3	Geme	einde Sel	fkant: Amt für Bauwesen	2	
	3.1	Mit Sch	nreiben vom 23.01.2017	2	
		3.1.a	Keine Bedenken	2	
		3.1.b	Beschlussempfehlung	2	
4	Bezir	ksregieru	ung Arnsberg – Abteilung 6 (Bergbau und Energie in NRW)	3	
	4.1	Mit Sch	nreiben vom 01.02.2017	3	
		4.1.a	Bergbau	3	
		4.1.b	Sümpfungsmaßnahmen	3	
		4.1.c	Weitere Beteiligung	4	
		4.1.d	Beschlussempfehlung	4	
5	Bezirksregierung Düsseldorf – Dezernat 26 (Flugverkehr)				
	5.1	Mit Sch	nreiben vom 06.02.2017	4	
		5.1.a	Keine Bedenken	4	
		5.1.b	Luftfahrtrechtliche Zustimmung	5	
		5.1.c	Tages- und Nachtkennzeichnung	5	
		5.1.d	Beschlussempfehlung	5	
6			ür Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr,		
	6.1		nreiben vom 11.01.2017		
		6.1.a	Militärische Belange		
		6.1.b	Beschlussempfehlung		
7	Erftve				
	7.1	Mit Sch	nreiben vom 20.01.2017		
		7.1.a	Keine Bedenken		
		7.1.b	Beschlussempfehlung		
8	Geolo	ogischer	Dienst Nordrhein-Westfalen Landesbetrieb	7	
	8.1	Mit Sch	nreiben vom 06.02.2017		
		8.1.a	Erdbebengefährdung	7	

		8.1.b	Erdbebenüberwachung	8		
		8.1.c	Untersuchungsvorhaben	10		
		8.1.d	Baugrund	10		
		8.1.e	Anlage 1	11		
		8.1.f	Anlage 2	12		
		8.1.g	Beschlussempfehlung	14		
9	Indus	trie- und	Handelskammer Aachen	14		
	9.1	Mit Sch	nreiben vom 09.02.2017	14		
		9.1.a	Keine Bedenken	14		
		9.1.b	Beschlussempfehlung	14		
10	Kreis	Heinsbei	rg, Abgrabungsbehörde	15		
	10.1	Mit Sch	nreiben vom 09.01.2017	15		
		10.1.a	Keine Bedenken	15		
		10.1.b	Beschlussempfehlung	15		
11	Kreis	Heinsbei	rg, Amt für Umwelt und Verkehrsplanung	15		
	11.1	Mit Sch	nreiben vom 31.01.2017	15		
		11.1.a	Keine Bedenken	15		
		11.1.b	Ausbauplanung	15		
		11.1.c	Beschlussempfehlung	15		
12	Kreis Heinsberg, Kreisstraßenbau					
	12.1	Mit Sch	nreiben vom 10.01.2017	16		
		12.1.a	Kreisstraßen	16		
		12.1.b	Beschlussempfehlung	16		
13	Kreis	Kreis Heinsberg, Untere Bodenschutzbehörde				
	13.1	Mit Sch	nreiben vom 23.01.2017	16		
		13.1.a	Altlasten	16		
		13.1.b	Beschlussempfehlung	16		
14	Kreis	Heinsbei	rg, Untere Landschaftsbehörde	17		
	14.1	Mit Sch	nreiben vom 26.01.2017	17		
		14.1.a	Rohrweihe	17		
		14.1.b	Feldvogelarten	17		
		14.1.c	Feldvogelarten	17		
		14.1.d	Beschlussempfehlung	18		
15	Kreis	Heinsbei	rg, Untere Wasserbehörde	18		
	15.1	Mit Sch	nreiben vom 23.01.2017	18		
		15.1.a	Wasserschutzgebiete	18		
		15.1.b	Beschlussempfehlung	19		
16	Lande	esbetrieb	Straßenbau NRW, HS Mönchengladbach	19		
	16.1	Mit Sch	nreiben vom 03.02.2017	19		
		16.1.a	Zufahrten	19		

		16.1.b	Abstände zu klassifizierten Straßen	19		
			Weitere Beteiligung			
		16.1.d	Beschlussempfehlung	21		
17	Lands	schaftsve	erband Rheinland, Amt für Liegenschaften	21		
	17.1	Mit Sch	nreiben vom 09.01.2017	21		
		17.1.a	Weitere Beteiligung	21		
		17.1.b	Beschlussempfehlung	21		
18	Lands	schaftsve	erband Rheinland, Rheinisches Amt für Denkmalpflege	21		
	18.1	Mit Sch	nreiben vom 10.02.2017	21		
		18.1.a	Belange der Denkmalpflege	21		
			Vorgaben für die nachgelagerten Verfahren			
		18.1.c	Beschlussempfehlung	22		
19	Land	wirtschaf	tskammer Nordrhein-Westfalen, Kreisstelle Heinsberg/Viersen	23		
	19.1	Mit Sch	nreiben vom 10.02.2017	23		
		19.1.a	Beanspruchung von Wirtschaftswegen	23		
		19.1.b	Kompensation	23		
		19.1.c	Beschlussempfehlung	24		
20	LVR -	- Amt für	Bodendenkmalpflege im Rheinland	24		
	20.1	Mit Sch	nreiben vom 09.02.2017	24		
		20.1.a	Bodendenkmäler	24		
		20.1.b	Beschlussempfehlung	26		
21	NEW	Netz Gm	bH	26		
	21.1	Mit Sch	nreiben vom 17.01.2017	26		
			Keine Bedenken			
		21.1.b	Beschlussempfehlung	26		
22	Geme	Gemeinde Waldfeucht: Ordnung und Soziales				
	22.1	Mit Sch	nreiben vom 03.02.2017	26		
			Kampfmittelbeseitigung			
		22.1.b	Beschlussempfehlung	27		
23	RWE Power AG Abt. GEO-LN					
	23.1	Mit Sch	nreiben vom 06.02.2017	27		
		23.1.a	Humose Böden	27		
		23.1.b	Beschlussempfehlung	28		
24	Kreis	Kreis Heinsberg, Untere Immissionsschutzbehörde				
	24.1	Mit Sch	nreiben vom 24.01.2017	28		
		24.1.a	Schall / Schatten / Wirtschaftlichkeit	28		
		24.1.b	Beschlussempfehlung	29		
25	Wasserverband EifelRur					
	25.1	Mit Sch	nreiben vom 03.02.2017	29		
		25.1.a	Keine Bedenken	29		

		25.1.b Beschlussempfehlung	29
26	Wintershall Holding GmbH		
	26.1	Mit Schreiben vom 19.01.2017	29
		26.1.a Bergbau	29
		26.1.b Beschlussempfehlung	30

Legende:

Frühzeitige Beteiligung

Offenlage

- 1. Erneute Offenlage
- 2. Erneute Offenlage

Hinweise und Festsetzungen

Stellungnahmen		Stellungnahme der Verwaltung			
1	Alliander Netz Heinsberg GmbH				
1.1	Mit Schreiben vom 07.02.2017				
1.1.a	Gasleitungen				
2. In der	Fläche West befindet sich keine Gasleitung der Alliander Netz HS AG. Fläche 2 befindet sich keine Gasleitung der Alliander Netz HS AG. Fläche Ost befindet sich keine Gasleitung der Alliander Netz HS AG.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Da keine Gasleitungen des Eingebers in den Plangebieten bestehen, sind keine Konflikte mit der angestrebten Plankonzeption erkennbar.			
1.1.b	Tiefbauarbeiten				
Über geplante Tiefbauarbeiten in diesen Gebieten bitten wir um frühzeitige Beteiligung der Alliander Netz HS AG.		Die Planung und Umsetzung von Tiefbauarbeiten betrifft, wie auch die Bereitstellung diesbezüglicher Informationen die Ebene der Genehmigung nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz.			
1.1.c	Beschlussempfehlung				
Die Stel	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.				
2	Kreis Heinsberg, Amt für Bauen und Wohnen				
2.1	.1 Mit Schreiben vom 31.01.2017				
2.1.a	2.1.a Schall / Schatten				
Wohnbe nächtlich nicht me	Aus amtsärztlicher Sicht bestehen keine Bedenken, wenn für die benachbarte Wohnbebauung keine nachteiligen Immissionen zu erwarten sind. Dabei sollte die nächtliche Lärmbelastung aus Gründen des vorbeugenden Gesundheitsschutzes nicht mehr als 30 dB betragen und die Vorgaben des Schattenwurfgutachtens Beachtung finden. Die vorliegende Planung orientiert sich an den rechtlich bindenden Regelungen zu den Schallimmissionsrichtwerten ergeben sich aus der TA-Läten Demgemäß ist selbst für ein Reines Wohngebiet ein Immissionsrichtwert 35 dB(A) nachts zulässig. Eine abschließende Prüfung, ob dieser Wert eingehat werden kann, ist erst unter Kenntnis der konkreten Anlagenkonfiguration und soffrühestens auf den dem Flächennutzungsplan nachgelagerten Planungsebe				

Stellungnahmen		Stellungnahme der Verwaltung		
		möglich.		
		Die Erstellung eines Schattenwurfgutachtens ist im Rahmen des vorliegenden Verfahrens nicht vorgesehen. Eine abschließende Bewertung wäre auch hier erst unter Kenntnis der konkreten Anlagenkonfiguration möglich.		
		Unter Berücksichtigung der gewählten Vorsorgeabstände von 600 m zu Allgemeinen Siedlungsbereichen, 800 m zu Siedlungsbereichen und 500 m zu Wohnnutzungen im Außenbereich (Einzelhöfen) ist davon auszugehen, dass eine Einhaltung der gültigen Immissionsrichtwerte möglich ist. Bei der Bemessung der Vorsorgeabstände wurde auf allgemeine Erfahrungswerte zurückgegriffen. Diese Vorgehensweise entspricht den Vorgaben des Windenergieerlasses.		
2.1.b	b Beschlussempfehlung			
Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.				
3	Gemeinde Selfkant: Amt für Bauwesen			
3.1	Mit Schreiben vom 23.01.2017			
3.1.a	Keine Bedenken			
	seitens der Gemeinde Selfkant werden keine Bedenken gegen die 50. Änderung des Flächennutzungsplanes "Konzentrationszone Windpark Selsten-Bocket" erhoben. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es werden keine Bedenken erhoben			
3.1.b	b Beschlussempfehlung			
Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.				

¹ Windenergieerlass NRW 2015, 8.2.1

Stellungnahmen der Verwaltung zu den Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange aus der Frühzeitigen Beteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB

Stellungnahmen

Stellungnahme der Verwaltung

- 4 Bezirksregierung Arnsberg Abteilung 6 (Bergbau und Energie in NRW)
- 4.1 Mit Schreiben vom 01.02.2017

4.1.a Bergbau

zu den bergbaulichen Verhältnissen erhalten Sie folgende Hinweise:

Das o. a. Vorhaben liegt über zahlreichen, auf Braunkohle verliehenen Bergwerksfeldern. Eigentümerin Eigentümerinnen dieser Bergwerksfelder sind die RWE Power Aktiengesellschaft, Stüttgenweg 2 in 50935 Köln und die RV Rheinbraun Handel und Dienstleistungen GmbH, hier vertreten durch die RWE Power AG, Abt. Liegenschaften und Umsiedlung in 50416 Köln.

Außerdem liegt das Plangebiet über dem auf Steinkohle verliehenen Bergwerksfeld "Heinsberg", im Eigentum des Landes NRW.

Aus wirtschaftlichen und geologischen Gründen ist in den Bergwerksfeldern, die im Eigentum des Landes Nordrhein-Westfalen stehen, auch in absehbarer Zukunft nicht mit bergbaulichen Tätigkeiten zu rechnen.

Die vorgetragenen Belange erfordern keine Änderung der Plankonzeption, da alleinig durch die Lage des Plangebietes auf den bezeichneten Feldern keine bodenrechtlichen Spannungen ausgelöst werden und die Umsetzung des Vorhabens sowie die Ausübung der beabsichtigten Nutzung unberührt bleiben.

Zusätzlich werden Beschreibungen bzgl. der vorgetragenen Belange in den Umweltbericht zu 50. Flächennutzungsplanänderung aufgenommen.

4.1.b Sümpfungsmaßnahmen

Der Planungsbereich ist nach den hier vorliegenden Unterlagen (Differenzenpläne mit Stand: 01.10.2015 aus dem Revierbericht, Bericht 1, Auswirkungen der Grundwasserabsenkung, des Sammelbescheides - Az.: 61.42.63-2000-1-) von durch Sümpfungsmaßnahmen des Braunkohlenbergbaus bedingten Grundwasserabsenkungen betroffen. Für die Stellungnahme wurden folgende Grundwasserleiter (nach Einteilung von Schneider & Thiele, 1965) betrachtet: Oberes Stockwerk, 9B, 8, 7, 6D, 6B,2-5, 09, 07 Kölner Scholle, 05 Kölner Scholle.

Folgendes sollte berücksichtigt werden:

Die Grundwasserabsenkungen werden, bedingt durch den fortschreitenden Betrieb der Braunkohlentagebaue, noch über einen längeren Zeitraum wirksam bleiben. Eine Zunahme der Beeinflussung der Grundwasserstände im Planungsgebiet in den nächsten Jahres ist nach heutigem Kenntnisstand nichd auszuschließen. Fer-

Die vorgetragenen Belange erfordern keine Änderung der Plankonzeption, da sie auf der nachgelagerten Ebene der der Genehmigung nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz, z.B. durch bautechnische Maßnahmen abschließend bewältigt werden können.

Zusätzlich werden Beschreibungen bzgl. der vorgetragenen Belange in den Umweltbericht zu 50. Flächennutzungsplanänderung aufgenommen.

Stellungnahmen	Stellungnahme der Verwaltung			
ner ist nach Beendigung der bergbaulichen Sümpfungsmaßnahmen ein Grundwasserwiederanstieg zu erwarten.				
Sowohl im Zuge der Grundwasserabsenkung für den Braunkohletagebau als auch bei einem späteren Grundwasserwiederanstieg sind hierdurch bedingte Bodenbewegungen möglich. Diese können bei bestimmten geologischen Situationen zu Schäden an der Tagesoberfläche führen. Die Änderungen der Grundwasserflurabstände sowie die Möglichkeit von Bodenbewegungen sollten bei Planungen und Vorhaben Berücksichtigung finden.				
4.1.c Weitere Beteiligung				
Ich empfehle Ihnen, diesbezüglich zu zukünftigen Planungen sowie zu Anpassungs- oder Sicherungsmaßnahmen bezüglich bergbaulicher Einwirkungen eine Anfrage an die RWE Power AG, Stüttgenweg 2 in 50935 Köln, sowie für konkrete Grundwasserdaten an den Erftverband, Am Erftverband 6 in 50126 Bergheim, zu stellen.	Die Stellungnahme wird berücksichtigt. Die RWE Power AG und der Erftverband wurden an dem Verfahren beteiligt und deren Stellungnahmen – soweit erforderlich – berücksichtigt.			
4.1.d Beschlussempfehlung				
Die vorgetragenen Anregungen und Hinweise der Bezirksregierung Arnsberg – Abteilung 6 werden berücksichtigt und in die 50. Flächennutzungsplanänderung aufgnommen.				
5 Bezirksregierung Düsseldorf – Dezernat 26 (Flugverkehr)	Bezirksregierung Düsseldorf – Dezernat 26 (Flugverkehr)			
.1 Mit Schreiben vom 06.02.2017				
.1.a Keine Bedenken				
gegen die Ausweisung der Konzentrationszone Windpark Selsten-Bocket bestehen aus ziviler luftrechtlicher Sicht grundsätzlich keine Bedenken.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es werden keine Bedenken erhoben			

Stellungnahmen	Stellungnahme der Verwaltung			
5.1.b Luftfahrtrechtliche Zustimmung				
Allgemeine Hinweise: Windkraftanlagen von mehr als 100 m über Grund stellen grundsätzlich ein Luftfahrthindernis dar (§14 Luftverkehrsgesetz) und bedürfen im Rahmen des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens meiner besonderen luftrechtlichen Zustimmung. Dabei handelt es sich immer um eine Einzelfallentscheidung.	Die Luftfahrtrechtliche Zustimmung betrifft die Ebene der Genehmigung nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz. Da von dem Eingeber keine grundsätzlichen Bedenken vorgetragen wurden, liegen keine Hinweise für die Annahme vor, dass eine Zustimmung nicht erteilt werden kann.			
5.1.c Tages- und Nachtkennzeichnung				
Unabhängig von der luftrechtlichen Prüfung im Genehmigungsverfahren kann bereits jetzt gesagt werden, dass Windkraftanlagen von mehr als 100 m über Grund grundsätzlich mit einer Tages- und Nachtkennzeichnung gem. der "Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Kennzeichnung von Luftfahrthindernissen (AVV; NfL I – 143/07 vom 24.05.2007)" in der jeweils gültigen Fassung zu versehen und als Luftfahrthindernisse zur veröffentlichen sind.	Die Kennzeichnung der Windenergieanlagen betrifft, wie auch deren Veröffentlichung die Ebene der Genehmigung nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz. Die Flugsicherheitsbefeuerung ist keine erhebliche Belästigung im Sinne des Blm-SchG und nicht unzumutbar im Sinne des baurechtlichen Rücksichtnahmegebots. ² Insofern ist davon auszugehen, dass die erforderliche Befeuerung kein Genehmigungshindernis darstellen bzw. die Vollziehbarkeit der Planung in Frage stellen wird.			
.1.d Beschlussempfehlung				
Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.				
6 Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der E	Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, Referat I 3			
6.1 Mit Schreiben vom 11.01.2017	Mit Schreiben vom 11.01.2017			
.1.a Militärische Belange				
die Bundeswehr unterstützt den Ausbau erneuerbarer Energien, soweit militärische Die Festlegung der konkreten Anlagenkonfiguration betrifft die Ebene der Ge migung nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz. Wie der Eingeber mitteilt,				

² OVG Saarlouis 3 B 77/10 vom 04.05.10, OVG Münster 8 A 2716/10 vom 14.03.12, VGH Kassel 9 B 2936/09 vom 21.01.10

Stellungnahmen der Verwaltung zu den Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange aus der Frühzeitigen Beteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB

Stellungnahmen

Belange dem nicht entgegenstehen.

Windenergieanlagen können grundsätzlich militärische Interessen, zum Beispiel militärische Richtfunkstrecken oder den militärischen Luftverkehr, berühren oder beeinträchtigen.

Die von Ihnen im Rahmen der 50. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Waldfeucht, zur Darstellung von Konzentrationszonen, für die Errichtung von Windenergieanlagen im Gemeindegebiet. Die beabsichtigten Maßnahmen befinden sich im:

- dem Zuständigkeitsbereich des militärischen Flugplatzes von Geilenkirchen und
- im Bereich militärischer Richtfunkstrecken.

Die Belange der Bundeswehr werden somit berührt.

In welchem Umfange die Belange der Bundeswehr betroffen sind, kann ich erst feststellen, wenn mir die entsprechenden Daten über die Anzahl, den Typus, die Nabenhöhe, den Rotordurchmesser, die Höhe über Grund, die Höhe über NN und die genauen Koordinaten von Luftfahrthindernissen vorliegen.

Nur dann kann ich im Rahmen einer Einzelfallbetrachtung, in Rücksprache mit meinen zu beteiligenden militärischen Fachdienststellen, eine dezidierte Stellungnahme abgeben.

Grundsätzlich ist in den genannten Bereichen die Errichtung von Windenergieanlagen möglich. Es ist jedoch damit zu rechnen, dass es auf Grund der Nähe zu der in den genannten Bereichen verlaufenden militärischen Richtfunkstrecken zu Ablehnungen von Bauanträgen kommen kann.

Genauer werde ich mich im Rahmen des bundesimmissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens äußern.

Stellungnahme der Verwaltung

die grundsätzliche Errichtung von Windenergieanlagen und somit die Vollziehbarkeit der Planung nicht in Frage gestellt.

6.1.b Beschlussempfehlung

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Stellungnahmen		Stellungnahme der Verwaltung		
7 Erftverband				
7.1	.1 Mit Schreiben vom 20.01.2017			
7.1.a	a Keine Bedenken			
Leitungen, Messstellen und Anlagen des Erftverbandes sind derzeit durch die v. g. Maßnahme nicht betroffen. Daher bestehen aus wasserwirtschaftlicher Sicht seitens des Erftverbandes keine Bedenken.		Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es werden keine Bedenken erhoben		
7.1.b	Beschlussempfehlung			
Die Stel	lungnahme wird zur Kenntnis genommen.			
8	Geologischer Dienst Nordrhein-Westfalen Landesbetrieb			
8.1	8.1 Mit Schreiben vom 06.02.2017			
8.1.a	3.1.a Erdbebengefährdung			
Hochba	vertung der Erdbebengefährdung, die bei Planung und Bemessung üblicher uten ist gemäß den Technischen Baubestimmungen des Landes NRW DIN 05-04 "Bauten in deutschen Erdbebengebieten" zu beachten.	Die vorgetragenen Belange erfordern keine Änderung der Plankonzeption, da sie auf der nachgelagerten Ebene der Genehmigungs- bzw. Ausführungsplanung, z.B. durch bautechnische Maßnahmen abschließend bewältigt werden können.		
Bemerkung: DIN 4149:2005 wurde durch den Regelsetzer zurückgezogen und durch die Teile 1, 1/NA und 5 des Eurocode 8 (DIN EN 1998) ersetzt. Dieses Regelwerk ist jedoch noch nicht bauaufsichtlich eingeführt. Anwendungsteile, die nicht durch DIN 4149 abgedeckt werden, können jedoch als Stand der Technik angesehen und sollten entsprechend berücksichtigt werden. Dies betrifft für die Anwendung auf Windenergieanlagen insbesondere DIN EN 1998, Teil 5 "Gründungen, Stützbauwerke und geotechnische Aspekte" und Teil 6 "Türme, Masten und Schornsteine".		Zusätzlich werden Beschreibungen bzgl. der vorgetragenen Belange in den Umweltbericht zu 50. Flächennutzungsplanänderung aufgenommen.		
Die Erdl	bebengefährdung wird in der weiterhin geltenden DIN 4149:2005 durch die			

Stellungnahmen der Verwaltung zu den Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange aus der Frühzeitigen Beteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB

Stellungnahmen	Stellungnahme der Verwaltung
Zuordnung zu Erdbebenzonen und geologischen Untergrundklassen beurteilt, die anhand der Karte der Erdbebenzonen und geologischen Untergrundklassen der Bundesrepublik Deutschland 1: 350 000, Bundesland Nordrhein-Westfalen (Geologischer Dienst NRW 2006) für einzelne Standorte bestimmt werden. In den Technischen Baubestimmungen des Landes Nordrhein-Westfalen wird auf die Verwendung dieser Kartengrundlage hingewiesen.	
Die geplanten Konzentrationszonen für Windenergie in der Gemeinde Waldfeucht liegen in der Erdbebenzone 2 / geologischen Untergrundklasse S.	
Analog zu den Bedeutungskategorien für Bauwerke gemäß DIN 4149:2005 sind zusätzlich die Bedeutungsklassen für Türme, Masten und Schornsteine gemäß DIN EN 1998, Teil 6 "Türme, Masten und Schornsteine" sowie die entsprechenden Bedeutungsbeiwerte zu berücksichtigen. Eine entsprechende Einstufung obliegt der Genehmigungsbehörde.	
Bei der Planung und Bemessung der Windenergieanlagen sind entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.	

8.1.b Erdbebenüberwachung

Unter Berücksichtigung des Windenergie-Erlasses vom 04.11.2015 sowie des gemeinsamen Erlasses des Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk (MWEIMH) und des Ministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz (MKULNV) des Landes Nordrhein-Westfalen vom 17.03.2016 nehme ich wie folgt Stellung:

Mit hoher Wahrscheinlichkeit wird die Errichtung von Windenergieanlagen im Umkreis von 10 km zu einer Beeinträchtigung der Funktionstüchtigkeit von Erdbebenstationen führen. Dies belegen vergleichbare, nach wissenschaftlichen Kriterien durchgeführte Studien. Der wissenschaftlich-technische Hintergrund der möglichen Beeinträchtigungen ist in Anlage 1 erläutert. Die zitierten Referenzen sind Inhalt der Anlage 2.

Im Umkreis von 10 km um die geplanten Konzentrationszonen für Windenergie liegen keine Erdbebenstationen des Geologischen Dienstes NRW. Ich weise aber ausdrücklich darauf hin, dass Erdbebenstationen anderer Betreiber, mit denen der Geologische Dienst NRW (GD NRW) im Rahmen der Erdbebenüberwachung eng

Gemäß dem gemeinsamen Erlass des Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk (MWEIMH) und des Ministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz (MKULNV) des Landes Nordrhein-Westfalen vom 17.03.2016 sind diejenigen Erdbebenmessstationen zu berücksichtigen, die im Anhang zum o.g. Erlass aufgeführt werden. Für die in dem Anhang aufgeführten Erdbebenmessstationen werden Untersuchungsradien festgelegt, innerhalb derer eine unzulässige Störung der Erdbebenmessstationen durch Errichtung von Windenergieanlagen nicht von vorne hinein ausgeschlossen werden kann.

Die Station Bingelrade wird in diesem Anhang nicht aufgeführt. Insofern wird für die Station auch keine Berücksichtigung vorgeschrieben bzw. kein Untersuchungsradius festlegt. Es kann jedoch festgehalten werden, dass ein Umkreis von 10 km als maximaler Untersuchungsradius festgelegt wird, der nur für 6 von 69 im Anhang aufgeführten Erdbebenmessstationen zutrifft. Insofern ist zumindest fraglich, ob für die Station Bingelrade ein Untersuchungsradius von 10 km zutrifft.

Stellungnahmen der Verwaltung zu den Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange aus der Frühzeitigen Beteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB

Stellungnahmen

kooperiert, betroffen sein können.

Die Erdbebenstationen unserer Kooperationspartner dienen gemeinsam mit dem Stationsnetz des Landeserdbebendienstes unmittelbar der Erdbebenüberwachung des Landes Nordrhein-Westfalen. Mit dem Landeserdbebendienst sichert der GD NRW die uneingeschränkte Funktionstüchtigkeit der Einrichtungen der Gefahrenabwehr und des Katastrophenschutzes und leistet damit einen Beitrag zur Umsetzung des Gesetzes zur Neuregelung des Brandschutzes, der Hilfeleistung und des Katastrophenschutzes (BHKG), das das Land in § 2 Abs. 1 Nr. 4 und § 5 Abs. 1 und 5 verpflichtet, die Hilfeleistung zu fördern und die zur Abwehr von Katastrophen erforderlichen zentralen Maßnahmen zu ergreifen.

In diesem Verfahren ist eine Station des folgenden Betreibers betroffen:

Station des Koninklijk Nederlands Meteorologisch Instituut (KNMI):
 Station Bingelrade (NL) (international registriert unter dem Kürzel BING),
 (5,927° östl. Länge; 50,917° nördl. Breite).

Konkret sind die geplanten Konzentrationszonen für Windenergie gemäß den Planunterlagen etwa 8,9 bis 9,9 km von der betroffenen Station entfernt. Nach den bisher vorliegenden Kenntnissen besteht damit die konkrete Möglichkeit einer massiven Beeinträchtigung der Signalqualität an der Erdbebenstation BING im Falle der Inbetriebnahme von WEA in den geplanten Konzentrationszonen.

Im Interesse eines rechtssicheren Planungsverfahrens empfehle ich, unseren Kooperationspartner ebenfalls zu beteiligen. Ansprechpartner ist:

• Herr Dr. Bernard Dost, Koninklijk Nederlands Meteorologisch Instituut, Postbus 201, NL 3730 AE De Bilt, Niederlande.

Im Falle, dass der Betreiber der Erdbebenstation konkrete Bedenken äußert, ist der fachliche Sachverhalt im Genehmigungsverfahren durch ein Gutachten des WEA-Antragstellers zu ermitteln analog dem im gemeinsamen Erlass des MWEIMH und des MKULNV zum Thema seismologische Stationen und Windener-

Stellungnahme der Verwaltung

Sollte ein Radius von 10 km zutreffen, so würden die bestehenden und geplanten Konzentrationszonen selbst in diesem Fall nahe der äußeren Grenze des Untersuchungsradius liegen. Die Plangebiete liegen nach Angaben des Eingebers in einem Abstand von 8,9 bzw. 9,9 km, sodass eine erhebliche Beeinträchtigung bereits aus diesem Grund unwahrscheinlich ist. Denn die von Windenergieanlagen ausgehenden Erschütterungen nehmen mit zunehmender Entfernung von den Anlagen ab.³

Um die Belange der Erdbebenmessung zu berücksichtigen, soll der Stellungnahme des Eingebers dennoch gefolgt und der Betreiber der Erdbebenmessstation Bingelrade an dem Verfahren beteiligt werden. Die der Gemeinde vorgetragenen Belange bzgl. der Erdbebenüberwachung werden als Untersuchungskriterium in die Standortuntersuchung eingestellt. Zusätzlich werden Beschreibungen bzgl. der vorgetragenen Belange in den Umweltbericht zu 50. Flächennutzungsplanänderung aufgenommen.

³ Arbeitsgruppe Seismologie des Forschungskollegiums Physik des Erdkörpers (Hrsg.): Stellungnahme der Arbeitsgruppe Seismologie des "Forschungskollegiums Physik des Erdkörpers (FKPE)" zur Errichtung von Windkraftanlagen in Deutschland. Hannover / Bochum, 01.10.2013

Stellungnahmen	Stellungnahme der Verwaltung
gieanlagen vom 17.03.2016 vorgeschlagenen Vorgehen.	
8.1.c Untersuchungsvorhaben	
Ich weise darauf hin, dass durch MKULNV und MWEIMH im Oktober 2016 ein Untersuchungsvorhaben mit dem Thema "Einwirkungen durch den Betrieb von Windenergieanlagen auf seismologische Messstationen in NRW" beauftragt wurde. Nach Abschluss dieses Vorhabens können die erzielten Ergebnisse zu einer Beurteilung des Konflikts verwendet werden.	Sollten die Untersuchungsergebnisse bis zum Feststellungsbeschluss vorliegen, so können diese in das Verfahren eingestellt werden. Andernfalls ist eine Berücksichtigung nicht möglich.
8.1.d Baugrund	
Ingenieurgeologie (Auskunft erteilt Herr Hanisch, Tel.: 02151-897-245) In der 50. Änderung des Flächennutzungsplans sind 3 Konzentrationszonen für die Nutzung der Windenergie vorgesehen. ("Fläche 2", "Ost" und "West").	Die vorgetragenen Belange erfordern keine Änderung der Plankonzeption, da sie auf der nachgelagerten Ebene der Genehmigungs- bzw. Ausführungsplanung, z.B. durch bautechnische Maßnahmen abschließend bewältigt werden können.
Für alle Standorte ist der Baugrund objektbezogen zu untersuchen und zu bewerten.	Eine objektbezogene Untersuchung des Baugrundes ist erst unter Kenntnis der konkreten Anlagenkonfiguration möglich. Die Festlegung der konkreten Anlagenkonfiguration betrifft die Ebene der Genehmigung nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz.
Nach den mir vorliegenden Unterlagen verläuft im östlichen Bereich der geplanten Konzentrationszone Ost der Frauenrather Sprung. Diese Störung ist seismisch aktiv.	Aussagen bzgl. des Frauenrather Sprungs werden in den Umweltbericht zu 50. Flächennutzungsplanänderung aufgenommen.
Im gesamten Plangebiet kann es zu Bodenbewegungen durch Sümpfungsmaßnahmen durch den Braunkohlenbergbau kommen. Zur Klärung dieser Fragestellung und der genauen Lage der Störung empfehle ich, sich mit der RWE Power AG in Verbindung zu setzen.	Aussagen bzgl. vorhandener Sümpfungsmaßnahmen wurden bereits in dem Umweltbericht ergänzt (vgl. Nr. 4.1.b). Die RWE Power AG wurde an dem Verfahren beteiligt und deren Stellungnahme – soweit erforderlich – berücksichtigt.
Es wird empfohlen, den Baugrund, insbesondere hinsichtlich der Tragfähigkeit und des Setzungsverhaltens, zu untersuchen und zu bewerten.	

Stellungnahmen der Verwaltung zu den Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange aus der Frühzeitigen Beteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB

Stellungnahmen

Stellungnahme der Verwaltung

8.1.e Anlage 1

Möglicher Einfluss des Betriebs von Windenergieanlagen (WEA) auf die Funktionsfähigkeit von Erdbebenstationen

Wissenschaftlich-technischer Hintergrund

Die Arbeitsgruppe Seismologie des FKPE hat im Oktober 2013 eine Stellungnahme zur Errichtung von Windenergieanlagen (WEA) in Deutschland herausgegeben (STAMMLER & FRIEDRICH 2013). Hier wird darauf hingewiesen, dass WEA durch die Bewegung ihrer Rotoren erhebliche Erschütterungen erzeugen können, die sich im Untergrund in Form elastischer Wellen ausbreiten. Diese Erschütterungen nehmen zwar mit zunehmender Entfernung von den Anlagen ab, können aber auch noch im Abstand von einigen Kilometern den Betrieb seismischer Messstationen massiv beeinträchtigen. Hieraus leitet sich die Forderung ab, die öffentlichen Belange der Erdbebenregistrierung bei der Genehmigung der Standorte von WEA angemessen zur berücksichtigen.

Diese Forderung wurde von den Autoren dieser Stellungnahme zunächst auf die Stationen des Regionalnetzes der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR), Hannover, bezogen. Die Erfahrungen aus der Tätigkeit der Erdbebendienste zeigen jedoch, dass sich die Signalqualität an einzelnen Erdbebenstationen in den letzten Jahren schleichend massiv verschlechtert hat. Dieser Effekt lässt sich auf den Betrieb erster WEA in der Umgebung dieser Messstationen zurückführen. Um weiterhin in der Lage zu sein, die Aufgaben der Erdbebenüberwachung durchzuführen, ist zu gewährleisten, dass die Signalqualität der Erdbebenstationen durch äußere Einflüsse nicht in noch größerem Maße verschlechtert wird.

Aus diesem Grund wurde die Thematik im Oktober 2014 auch für die Belange des Landeserdbebendienstes akut, so dass die Forderungen der Stellungnahme des FKPE auf die Erdbebenstationen in Nordrhein-Westfalen übertragen werden. Der Einfluss von WEA auf Erdbebenstationen wurde in einer Reihe wissenschaftlicher Untersuchungen detailliert untersucht. WIDMER-SCHNIDRIG et al. (2004, 2012), STYLES et al. (2005), Xi Engineering Consultants (2014), STAMMLER (2015, 2016), STAMMLER & CERANNA (2016) stellten fest, dass die im Betrieb der WEA produzierten Erschütterungen auch die Schwingungsfrequenzen massiv betreffen,

Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Zusätzlich werden Beschreibungen bzgl. der vorgetragenen Belange in die Standortuntersuchung und den Umweltbericht zu 50. Flächennutzungsplanänderung aufgenommen.

Stellungnahmen	Stellungnahme der Verwaltung
die für die Registrierung lokaler Erdbeben entscheidend sind (hier etwa 1 bis 10 Hz). Ein signifikanter Einfluss wurde auch noch in deutlich mehr als 10 km Abstand von den Anlagen festgestellt. Konkret für Nordrhein-Westfalen liegen derzeit noch keine geeigneten Studien vor, die man für eine Bewertung des Einzelfalles heranziehen könnte.	
Eine digitale Signalfilterung der Aufzeichnungen an den Erdbebenstationen schafft hier keine Abhilfe, da die durch den Betrieb der WEA hervorgerufenen Störfrequenzen unmittelbar das Nutzsignal betreffen. Vonseiten der Erdbebenregistrierung kann danach keine Maßnahme getroffen werden, diesen Störeinfluss zu kompensieren.	
Einflüsse größerer Amplitude können dazu führen, dass Erdbebenstationen unbrauchbar werden, weil Erdbeben nicht oder unzureichend erkannt werden und so auch Alarmierungsvorgänge scheitern können. Dieser Einfluss kann damit die Erdbebenüberwachung, die auch die Registrierung kleinerer Ereignisse einschließt, und die Alarmierung im Fall größerer Erdbeben massiv beeinträchtigen oder unmöglich machen.	
Aus seismologischer Sicht ist damit zunächst der Ansatz eines Mindestabstands von 10 km zwischen WEA und Erdbebenstationen sinnvoll (vgl. WIDMER-SCHNIDRIG et al. 2012, Kap. 8, 2. Abs., S. 12). Im Falle eines Einzelnachweises, dass bestimmte technische Spezifikationen von Anlagen oder lokal wirksame Einflüsse des geologischen Untergrunds geringere Störsignale erzeugen, kann auch ein geringerer Abstand tolerabel sein. In diesem Fall bedarf es eines gutachterlichen Nachweises.	
8.1.f Anlage 2	
Referenzen	Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.
BORMANN, P. (Hrsg., 2012): New Manual of Seismological Observatory Practice (NMSOP-2). – IASPEI, GFZ Helmholtz-Zentrum Potsdam, Deutsches GeoForschungsZentrum: , DOI: 10.2312/GFZ.NMSOP-2, urn:nbn:de:kobv:b103-NMSOP 2.	
Gemeinsamer Erlass des Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk und des Ministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Landwirt-	

Stellungnahmen	Stellungnahme der Verwaltung
schaft, Natur- und Verbraucherschutz zum Thema seismologische Stationen und Windenergieanlagen vom 17.03.2016. – (Az. VII-6-02.21 WEA-Erl. 2015): 3 S. u. Anh. 2 S.; Düsseldorf.	
STAMMLER, K. (2015): Beeinträchtigung von GRF-Stationen durch Windkraftsignale. – 41. Sitzung der AG Seismologie, Wildbad-Kreuth, 15.–17. September 2015, Collected Abstracts < www.gmg.ruhr-unibochum. de/geophysik/conferences/agseis.html.de >; Bochum (FKPE).	
STAMMLER, K. (2016): Einfluss von Windkraftanlagen auf seismologische Messungen am Gräfenberg-Array. – Fachkolloquium "Windenergieanlagen und seismologische Stationen in NRW" am 18.03.2016 in Essen: Vortrag (Energie-Agentur NRW).	
STAMMLER, K., CERANNA, L. (2016): Influence of wind turbines on seismic records of the Gräfenberg Array. – Seismological Research Letters 87 (5): 7 S.	
STAMMLER, K., FRIEDERICH, W. (2013): Stellungnahme des Arbeitskreises Seismologie des "Forschungskollegiums Physik des Erdkörpers (FKPE)" zur Errichtung von Windkraft¬anlagen in Deutschland. – Bericht: 6 S., (Aktuelles / 99. Sitzung); (FKPE).	
STYLES, P., STIMPSON, I., TOON, S., ENGLAND, R. (2005): Microseismic and Infrasound Monitoring of Low Frequency Noise and Vibrations from Windfarms. – Final Report: 125 S.,; Keele (Applied and Environmental Geophysics Research Group, Earth Sciences and Geography, School of Physical and Geographical Sciences, Keele University, Gro߬britannien).	
WIDMER-SCHNIDRIG, R., FORBRIGER, TH., ZÜRN, W. (2004): Windkraftanlagen als seismische Störquellen. – 64. Jahrestagung der Deutschen Geophysikalischen Gesellschaft, Poster SOP 34: 541, ; Berlin.	
WIDMER-SCHNIDRIG, R., FORBRIGER, TH., ZÜRN, W. (2012): Windkraftanlagen als seismische Störquellen. – Bericht: 12 S., ; Wolfach (Black Forest Observatory).	
Windenergie-Erlass (2015): Erlass für die Planung und Genehmigung von Windenergieanlagen und Hinweise für die Zielsetzung und Anwendung (Windenergie-Erlass) vom 04.11.2015. – Gemeinsamer Runderlass des Ministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nord-	

Stellungnahmen	Stellungnahme der Verwaltung	
rhein-Westfalen (Az. VII-3 – 02.21 WEA-Erl. 15) und des Ministeriums für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen (Az. VI A 1 – 901.3/202) und der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen (Az. III B4 – 30.55.03.01): 90 S.; Düsseldorf.		
Xi Engineering Consultants Ltd. (2014): Seismic vibration produced by wind turbines in the Eskdalemuir region. – Substantial Research Project, Release 2.0: 98 S., Anl.: 200 S.; Edinburgh.		
8.1.g Beschlussempfehlung		
Die vorgetragenen Anregungen und Hinweise des Geologischen Dienstes Nordrhein-Westfalen Landesbetrieb werden berücksichtigt und in die 50. Flächennutzungsplanänderung aufgenommen.		
Industrie- und Handelskammer Aachen		
9.1 Mit Schreiben vom 09.02.2017		
9.1.a Keine Bedenken		
da der vorgesehene Planentwurf die Belange der gewerblichen Wirtschaft entwe- Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.		
der gar nicht berührt oder - wo es der Fall ist - hinreichend berücksichtigt, bestehen seitens der Industrie- und Handelskammer Aachen keine Bedenken.		
9.1.b Beschlussempfehlung		
Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.		

Stellung	nahmen	Stellungnahme der Verwaltung	
10	0 Kreis Heinsberg, Abgrabungsbehörde		
10.1	0.1 Mit Schreiben vom 09.01.2017		
10.1.a	1.a Keine Bedenken		
bungsbe	Gegen die im Verfahren befindliche Bauleitplanung bestehen aus Sicht der Abgrabungsbehörde des Kreises Heinsberg keine Bedenken. Die Belange der Abgrabungsbehörde werden nicht berührt. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es werden keine Bedenken erhoben		
10.1.b	Beschlussempfehlung		
Die Stell	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.		
11	11 Kreis Heinsberg, Amt für Umwelt und Verkehrsplanung		
11.1	11.1 Mit Schreiben vom 31.01.2017		
11.1.a	11.1.a Keine Bedenken		
Gegen die Änderung des Flächennutzungsplans bestehen aus straßenverkehrsrechtlicher Sicht keine Bedenken.		Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es werden keine Bedenken erhoben	
11.1.b	11.1.b Ausbauplanung		
che Ges	Ausbauplanung der öffentlichen Verkehrsflächen, insbesondere die baulitaltung der Anbindung an das vorhandene Straßennetz bitte ich ggf. rechttmir abzustimmen.	Die konkrete Ausbauplanung betrifft die Ebene der Ausführungsplanung und ist kein Gegenstand dieses Verfahrens.	
11.1.c	11.1.c Beschlussempfehlung		
Die Stell	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.		

Stellung	nahmen	Stellungnahme der Verwaltung	
12	Kreis Heinsberg, Kreisstraßenbau		
12.1	Mit Schreiben vom 10.01.2017		
12.1.a	.1.a Kreisstraßen		
		Die Planung und Ausführung von Zufahrten an Kreisstraßen betrifft, wie auch die Beseitigung und Verschmutzungen an Kreisstraßen die Ebene der Genehmigung nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz.	
12.1.b	12.1.b Beschlussempfehlung		
Die Stell	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.		
13	Kreis Heinsberg, Untere Bodenschutzbehörde		
13.1	3.1 Mit Schreiben vom 23.01.2017		
13.1.a	3.1.a Altlasten		
rung "Ko	überplanten Grundstücke im Rahmen der 50. Flächennutzungsplanändenzentrationszone Windpark Selsten-Bocket" liegen mir zurzeit keine Erse über Altlast-Verdachtsflächen vor.	Aussagen bzgl. nicht vorliegender Erkenntnisse von Altlasten wurden in den Umweltbericht zur 50. Flächennutzungsplanänderung aufgenommen.	
Gegen denken.	die Änderung des FNP bestehen aus Sicht des Bodenschutzes keine Be-		
13.1.b	13.1.b Beschlussempfehlung		
Die Stell	vie Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.		

Stellung	nahmen	Stellungnahme der Verwaltung	
14	Kreis Heinsberg, Untere Landschaftsbehörde		
14.1	.1 Mit Schreiben vom 26.01.2017		
14.1.a	Rohrweihe		
Aus Sicht der Unteren Naturschutzbehörde bestehen keine grundsätzlichen Bedenken gegen das Vorhaben.		Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.	
zone au	B begrüßt die Tatsache, dass die Grenzen der geplanten Konzentrationsfgrund gesicherter Vorkommen der Rohrweihe entsprechend dem Vorus dem Artenschutzgutachten bereits im Vorfeld angepasst wurden.		
14.1.b	14.1.b Feldvogelarten		
Da der Kiebitz nachweislich in hoher Dichte im Plangebiet brütet, liegt im weiteren Verfahren ein besonderes Augenmerk auf dieser windkraftsensiblen und für den Kreis Heinsberg charakteristischen Art. Hier können ggf. umfangreiche CEF-Maßnahmen erforderlich werden. Dies gilt entsprechend für andere betroffene (Feld-)Vogelarten. Darüber hinaus begrüßt die UNB das artenschutzrechtlichen Maßnahmenpaket. Konkrete Umsetzungen können jedoch erst im weiteren Verfahren festgelegt werden.		Die Gemeinde Waldfeucht teilt die Auffassung, wonach eine Erforderlichkeit von CEF-Maßnahmen nicht abschließend ausgeschlossen werden kann. Es bestehen jedoch hinreichende Möglichkeiten zur Umsetzung von CEF-Maßnahmen durch die Konflikte mit dem Artenschutz abschließend bewältigt werden können. Diese werden im Kapitel 6.2 des Umweltberichtes zur 50. Flächennutzungsplanänderung ausführlich beschrieben. Insofern liegen keine Hinweise vor, die zu der Annahme führen, dass die Planung unter artenschutzrechtlichen Gesichtspunkten nicht vollziehbar wäre.	
		Die Prüfung der Erforderlichkeit der aufgeführten Maßnahmen betrifft, wie auch deren konkrete Umsetzung die Ebene der Genehmigung nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz.	
14.1.c Feldvogelarten			
	der weiteren Planung gilt es den Eingriff in Natur und Landschaft zu erzu bilanzieren sowie geeignete Kompensationsmaßnahmen bzwflächen nnen.	Die Berechnung und Regelung der erforderlichen Kompensationsmaßnahmen betrifft die nachgelagerten Planungsebenen, da die zu erwartenden Eingriffe erst auf diesen Ebenen hinreichend detailliert bekannt sind. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.	

Stellungnahmen der Verwaltung zu den Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange aus der Frühzeitigen Beteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB

Stellungnahmen

14.1.d Beschlussempfehlung

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

15 Kreis Heinsberg, Untere Wasserbehörde

15.1 Mit Schreiben vom 23.01.2017

15.1.a Wasserschutzgebiete

Für die geplante Änderung des Flächennutzungsplanes werden grundsätzlich keine Bedenken vorgebracht. Ich bitte folgende Hinweise in den Vorbescheid mit aufzunehmen:

Die Konzentrationszone "Ost" liegt in der Zone III A des mit ordnungsbehördlicher Verordnung vom 30. Juli 1992 festgesetzten Wasserschutzgebietes für die Wassergewinnungsanlage in Heinsberg-Kirchhoven.

Danach ist die Verwendung von auswasch- oder auslaugbaren wassergefährdenden Materialien (Recyclingmaterialien) wie beispielsweise Elektroofenschlacken, Hochofenschlacken, Hüttensand, LD (Stahlwerks)-Schlacken, Schmelzkammergranulat, RCL (Recyclingmaterial) / aufbereitetem Bauschutt, verboten.

Im Übrigen bitte ich die Erlaubnispflichten und Verbotstatbestände des § 4 Abs. 1 und 2 der Wasserschutzgebietsverordnung zu beachten.

Die Fläche 2 liegt in der Zone III B des mit ordnungsbehördlicher Verordnung vom 30. Juli 1992 festgesetzten Wasserschutzgebietes für die Wassergewinnungsanlage in Heinsberg-Kirchhoven.

Danach ist die Verwendung von auswasch- oder auslaugbaren wassergefährdenden Materialien (Recyclingmaterialien) wie beispielsweise Elektroofenschlacke, Hochofenschlacke, Hüttensand, LD (Stahlwerks)- Schlacke, Schmelzkammergranulat, RCL (Recyclingmaterial) / aufbereiteter Bauschutt, verboten.

Im Übrigen bitte ich die Erlaubnispflichten und Verbotstatbestände des § 3 Abs. 1 und 2 der Wasserschutzgebietsverordnung zu beachten.

Die Stellungnahme wird berücksichtigt. Ausführungen bzgl. der vorgetragenen Belange werden in den Umweltbericht zur 50. Flächennutzungsplanänderung aufgenommen.

Die Verwendung von auswasch- oder auslaugbaren wassergefährdenden Materialien (Recyclingmaterialien) wie beispielsweise Elektroofenschlacken, Hochofenschlacken, Hüttensand, LD (Stahlwerks)-Schlacken, Schmelzkammergranulat, RCL (Recyclingmaterial) / aufbereitetem Bauschutt ist zur Umsetzung der Planung nicht erforderlich. Insofern stellen die vorgetragenen Belange die Vollziehbarkeit der Planung nicht in Frage.

Stellungnahmen der Verwaltung zu den Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange aus der Frühzeitigen Beteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB

Stellungnahmen

Stellungnahme der Verwaltung

15.1.b Beschlussempfehlung

Die vorgetragenen Anregungen und Hinweise des Kreises Heinsberg, Untere Wasserbehörde werden berücksichtigt und in die 50. Flächennutzungsplanänderung aufgenommen.

16 Landesbetrieb Straßenbau NRW, HS Mönchengladbach

16.1 Mit Schreiben vom 03.02.2017

16.1.a Zufahrten

die von Ihnen geplante Konzentrationszone (Fläche 2) wird von der Landesstraße Nr. 228 im Abschnitt 6 zerschnitten. Die vorgenannte Landesstraße liegt in der Baulast des Lanfes Nordrhein-Westfalen. Der 50. Änderung wird nur bei Beachtung folgender Bedingungen zugestimmt.

- Die direkte Erschließung der Windenergieanlagen über Wirtschafts-/ Anliegerwege zu den freien Straßen von Bundesstraßen gemäß § 9 FStrG wird nicht gestattet wird.
- Die direkte Erschließung der Windenergieanlagen zu freien Strecke von Landesstraßen bedarf der hiesigen Genehmigung bzw. Erteilung einer Sondernutzungserlaubnis. Zur Abstimmung mit der hiesigen Niederlassung ist ein entsprechendes Erschließungskonzept vorzulegen. Dies gilt auch für die Erschließung über das vorhandene Wirtschaftswegenetz da sich die Regulierung von Schäden, die Schwerlasttransporte an den Einmündungen der Erschließungswege in die Landes- bzw. Bundesstraßen anrichten, aufgrund der unterschiedlichen Zuständigkeiten als schwierig erwiesen hat. Die Einmündungen müssen gegebenenfalls ausgebaut werden.

Die Planung und Abstimmung von Zufahrten zu klassifizierten Landesstraßen betrifft die Ebene der Genehmigung nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz. Da die Möglichkeit einer Sondernutzungserlaubnis besteht, stellen die vorgetragenen Belange die Vollziehbarkeit der Planung nicht in Frage.

16.1.b Abstände zu klassifizierten Straßen

• Die Anbaubeschränkungszone gemäß § 25 Str.WG NRW von 40 m ist zu berücksichtigen. Die geplante Anlage soll außerhalb dieser Beschrän-

Die Festlegung der Anlagenstandorte betrifft die Ebene der Genehmigung nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz. Die geplanten Darstellungen des Flächen-

Stellungnahmen der Verwaltung zu den Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange aus der Frühzeitigen Beteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB

Stellungnahmen Stellungnahme der Verwaltung kungszone errichtet werden. Ferner dürfen in einem Abstand von 20 m zur nutzungsplanes eröffnen jedoch Planungsmöglichkeiten unter deren Berücksichtibefestigten Fahrbahn keine Werbeanlagen errichtet werden. gung eine Wahrung der vorgetragenen Belange grundsätzlich möglich ist. Insofern wird die Vollziehbarkeit der Planung nicht in Frage gestellt. Die sich aus den straßenrechtlichen Gesetzten ergebenden Abstandsmaße werden jedoch den tatsächlichen Gefährdungsverhältnissen, die sich durch die Windenergieanlage für die Verkehrsteilnehmer ergeben können. nicht gerecht. So wird trotz des technischen Fortschritts weiterhin eine Gefährdung der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs speziell durch Eiswurf und sich von der Windenergieanlage lösenden Bauteilen gesehen. Zur Reduzierung der Gefahrenpunkte empfiehlt auch der aktuelle Windenergie-Erlass des Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr vom 11.07.2011 (Az. X A 1 - 901.3/202) einen Mindestabstand, der sich aus dem Eineinhalbfachen der Summe aus Nabenhöhe plus Rotordurchmesser berechnet zu den Straßen einzuhalten. Dieses Abstandsmaß bemisst sich aus straßenrechtlicher Sicht nicht ab Außenkante Mast sondern rechtwinklig vom äußeren Rand der befestigten Fahrbahn der Landesstraßen gemessen bis zur Rotorblattspitze. Sollte dieser Abstand nicht eingehalten werden, wird darauf hingewiesen, dass sich die Straßenbauverwaltung von allen Ansprüchen Dritter freistellt. die sich aus dem Vorhandensein der Windenergieanlage für den Verkehrsteilnehmer auf der Landesstraße ergeben. Der Betreiber der Windenergieanlage bzw. die Genehmigungsbehörde haben das Haftungsrisiko alleine zu tragen. Die Teilfläche \"West\" und \"Ost\" werden vom klassifizierten Straßennetz der Bundes- und Landesstraßen nicht unmittelbar berührt. Weitere Beteiligung 16.1.c Die Stellungnahme wird berücksichtigt. Der Landesbetrieb Straßenbau NRW, HS Im weiteren Verfahren bitte ich um Beteiligung. Mönchengladbach wird im Rahmen der Offenlage gem. § 4 Abs. 2 BauGB erneut

beteiligt.

Stellungnahmen	Stellungnahme der Verwaltung	
16.1.d Beschlussempfehlung		
Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.		
17 Landschaftsverband Rheinland, Amt für Liegenschaften		
17.1 Mit Schreiben vom 09.01.2017		
17.1.a Weitere Beteiligung		
Hiermit möchte ich Sie innerhalb meiner Stellungnahme darüber informieren, dass keine Betroffenheit bezogen auf Liegenschaften des LVR vorliegt und daher keine Bedenken gegen die o. g. Maßnahme geäußert werden. Diese Stellungnahme gilt nicht für das Rheinische Amt für Denkmalpflege in Pulheim und für das Rheinische Amt für Bodendenkmalpflege in Bonn; es wird darum gebeten, deren Stellungnahmen gesondert einzuholen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es werden keine Bedenken erhoben. Das Rheinische Amt für Denkmalpflege in Pulheim und für das Rheinische Amt für Bodendenkmalpflege in Bonn wurden beteiligt und deren Stellungnahmen – soweit erforderlich – berücksichtigt.	
17.1.b Beschlussempfehlung		
Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.		
18 Landschaftsverband Rheinland, Rheinisches Amt für Denkmalpflege		
18.1 Mit Schreiben vom 10.02.2017		
18.1.a Belange der Denkmalpflege		
Zu der vorgesehenen Ausweisung der Konzentrationszone Windpark Selsten - Bocket nimmt das LVR -Amt für Denkmalpflege gerne Stellung. Windenergieanlagen stellen aufgrund ihrer Höhe und der damit verbundenen Fernwirkung in der Regel eine erhebliche Beeinträchtigung innerhalb historisch gewachsener Kulturlandschaften dar. Die im Rahmen der Ausweisung vorgenom-	Kennulis genommen.	

Stellungnahmen	Stellungnahme der Verwaltung	
mene Standortuntersuchung und die ausführliche Untersuchung zur Betroffenheit der Baudenkmäler im Umweltbericht zeigen eindrücklich, wie viele Baudenkmäler sich in nächster Umgebung zu den vorgesehenen Standorten befinden und durch neue Windenergieanlagen visuell beeinträchtigt werden können. Gleichzeitig wird jedoch auch deutlich, dass alle drei Zonen selbst oder ihre unmittelbare Nachbarschaft bereits durch eine Mehrzahl an bestehenden Windenergieanlagen vorgeprägt sind, weshalb Landschaft und Baudenkmäler in deren näherer Umgebung bereits eine gewisse Vorbelastung aufweisen. Es erscheint daher richtig, gerade diese Zonen, die bereits eine Vorbelastung aufweisen, im Flächennutzungsplan als Konzentrationszonen auszuweisen.		
18.1.b Vorgaben für die nachgelagerten Verfahren		
Nicht nur zahlreiche herausragende, landschaftsprägende Baudenkmäler wie Kirchen, Kapellen oder Herrenhäuser, sondern insbesonders auch der historische Ortskern von Waldfeucht, der als Denkmalbereich ausgewiesen ist, liegen sehr nahe zu den vorgesehenen Konzentrationszonen. So weist beispielsweise der Ortskern von Waldfeucht eine Entfernung von teilweise nur wenig mehr als 1000 Metern zu der westlichen Konzentrationszone auf. Manche Baudenkmäler liegen noch deutlich näher. Um eine zusätzliche Beeinträchtigung, die über das bereits bestehende Maß hinausgeht, zu vermeiden, sollten daher in der nachgeordneten Planung eindeutige Vorhaben für die Höhen neuer Anlagen festgelegt werden. Neue Anlagen sollten sich in ihrer Höhe an den bestehenden Anlagen orientieren. Sollte davon abgewichen werden, sollten aussagekräftige maßstabsgetreue Visualisierungen der vorgesehenen neuen Standorte und der besonders betroffenen Baudenkmäler angefertigt werden, um eine erhebliche Beeinträchtigung von Baudenkmälern und Kulturlandschaft ausschließen zu können.	Die Stellungnahme betrifft die nachgelagerte Ebene der Genehmigung nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz und wird zur Kenntnis genommen.	
18.1.c Beschlussempfehlung		
Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.		

Stellungnahmen der Verwaltung zu den Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange aus der Frühzeitigen Beteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB

Stellungnahmen

Stellungnahme der Verwaltung

- 19 Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen, Kreisstelle Heinsberg/Viersen
- 19.1 Mit Schreiben vom 10.02.2017

19.1.a Beanspruchung von Wirtschaftswegen

Durch die Planungen werden landwirtschaftliche Belange derzeit erkennbar nur kleinräumig berührt. Für das weitere Verfahren werden folgende, generelle Anregungen gegeben:

Durch die Fahrzeuge, die das Material zur Errichtung der WEA transportieren, werden die Wirtschaftswege nicht selten beschädigt. Hierzu sollte aus hiesiger Sicht Vorsorge zur Vermeidung solcher Schäden bzw. Vereinbarungen zur Schadensbeseitigung getroffen werden.

Die Stellungnahme wird berücksichtigt. Zur Errichtung möglicher Windenergieanlagen innerhalb der neu ausgewiesenen Fläche 2 sowie deren Netzanschluss zwecks Einspeisung ist unter anderem eine Inanspruchnahme von im Eigentum der Gemeinde stehenden Grundstücksflächen notwendig. Bei diesen handelt es sich um landwirtschaftliche Wegeflächen, die nicht für den öffentlichen Verkehr gewidmet sind. Vor diesem Hintergrund wurde ein Gestattungsvertrag zwischen der Gemeinde Waldfeucht und dem Vorhabenträger geschlossen. Entstehen durch die Errichtung, den laufenden Betrieb, die Wartung, die Instandsetzung, die Erneuerung oder den Abbau möglicher Windenergieanlagen, deren Leitungen oder sonstigen technischen Anlagen Schäden an den gemeindlichen Grundstücken, insbesondere an den gemeindlichen Wegen, die der Vorhabenträger zu vertreten hat, wird der Vorhabenträger durch den Gestattungsvertrag verpflichtet, diese auf eigene Kosten unverzüglich zu beseitigen und insbesondere die gemeindlichen Wege wieder in den vorherigen Zustand zu versetzen.

Die bestehenden Konzentrationszonen sind fast vollständig mit Windenergieanlagen bebaut. Ein Repowering ist derzeit nicht vorgesehen. Sollte es zu einem Repowering kommen, so können auf der Grundlage von weiteren Gestattungsverträgen ebenfalls Regelungen zur Widerherstellung von Feldwegen getroffen werden.

19.1.b Kompensation

Landwirtschaftliche Belange sind in Zusammenhang mit der Errichtung von WEA erfahrungsgemäß am stärksten durch Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Flächen für Kompensationsmaßnahmen oder Artenschutzmaßnahmen betroffen. Vorsorglich regen wir daher an, auf landwirtschaftliche Belange in den beiden o. g. Aspekten Rücksicht zu nehmen: Für Kompensationsmaßnahmen könnten die Inanspruchnahme eines Ökokontos oder Ersatzgeldzahlung in Frage kommen, Ar-

Die Berechnung und Regelung der erforderlichen Kompensationsmaßnahmen betrifft die dem Flächennutzungsplan nachgelagerte Ebene der Genehmigung nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz, da die zu erwartenden Eingriffe erst auf dieser Ebene hinreichend detailliert bekannt sind. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Stellungnahmen der Verwaltung zu den Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange aus der Frühzeitigen Beteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB

Stellungnahmen	Stellungnahme der Verwaltung
tenschutzmaßnahmen lassen sich häufig gut als produktionsintegrierte Maßnahmen umsetzen.	
Aufgrund der Bewertung in der Standortuntersuchung ("Als weitestgehend ausgeräumte, landwirtschaftliche Fläche besteht keine besondere Bedeutung für das Landschaftsbild."; u. a. S.30) gehen wir davon aus, dass die Kompensationsverpflichtung entsprechend gering ausfällt.	

19.1.c Beschlussempfehlung

Die vorgetragenen Anregungen und Hinweise der Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen, Kreisstelle Heinsberg/Viersen werden berücksichtigt und in die 50. Flächennutzungsplanänderung aufgenommen.

20 LVR – Amt für Bodendenkmalpflege im Rheinland

20.1 Mit Schreiben vom 09.02.2017

20.1.a Bodendenkmäler

ich bedanke mich für die Übersendung der Planunterlagen im Rahmen der TÖB-Beteiligung zu den o.g. Planungen.

Die drei Konzentrationszonen liegen im Bereich des Naturraums Selfkant, der durch seine Sandlössböden geprägt ist. Hinweise aus Siedlungsaktivitäten sind hier seit der mittleren Jungsteinzeit belegt, aufgrund der weniger ertragreichen Böden ist aber eine weniger stark ausgeprägte Siedlungsaktivität anzunehmen als in den fruchtbaren Lössböden.

Im Umfeld der Konzentrationszonen wurden vereinzelt vorgeschichtliche Funde aufgesammelt, die zwar keinen eindeutigen Hinweis auf im Untergrund erhaltene Siedlungsbefunde geben, aber dennoch auf eine Nutzung des Geländes seit der Jungsteinzeit hindeuten.

Steinzeitliche Siedlungsreste sind regelmäßig nur noch an den als Verfärbungen erhaltenen Resten ehemaliger Holzhäuser und Abfallgruben sowie der darin befindlichen zeittypischen Funde nachweisbar. Die Häuser hatten eine Lebensdauer von etwa 2 Generationen. Wenn Ersatz nötig war, errichtete man das neue Haus

Die Stellungnahme wird berücksichtigt. Konkrete Untersuchungen sollen auf die nachgelagerte Ebene der Genehmigung nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz verlagert werden.

Die vorgetragenen Belange stellen die Vollziehbarkeit nicht in Frage, da sie auf der nachgelagerten Ebene der Genehmigung nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz, z.B. durch eine Prospektion und Dokumentation abschließend bewältigt werden können. Dies belegt auch die Umsetzung von Windenergieanlagen innerhalb der bestehenden Konzentrationszone "West".

Ferner werden Aussagen bzgl. der archäologischen Bedeutung der Fläche sowie der möglichen daraus resultierenden Einschränkungen im Sinne des DSchG NW in den Umweltbericht zur 50. Flächennutzungsplanänderung aufgenommen.

Stellungnahmen	Stellungnahme der Verwaltung
nicht weit vom alten, so dass die Siedlungsflächen erhebliche Ausmaße einnahmen. Die Häuser bestanden aus einem Gerüst von Pfosten mit Wänden aus Holz oder Reisiggeflecht. Zu den Häusern gehörte ein Hofplatz, der mit Gruben zur Lehmentnahme für das Fachwerk übersät war. Diese Gruben wurden mit Erde und Haushaltsabfällen verfüllt.	
2002 wurde ohne konkrete Anhaltspunkte innerhalb der Konzentrationszone West im Zuge einer Baubegleitung für eine Windkraftanlage 5 römische Befunde aufgedeckt, bei denen es sich wahrscheinlich um Reste einer römischen Ansiedlung handelt.	
Römische Landgüter bestanden aus einer Reihe von Gebäuden. Neben festen Wohngebäuden z.T. mit Badeanlagen wiesen Landgüter Stall und Vorratsgebäude, Brunnen, Zisternen, Werkstätten, Begräbnisplätze, Teiche und Gärten sowie ausgedehnte umliegende Landwirtschaftsflächen auf. Die Landgüter sind durch ca. 2 m tiefe Umfassungsgräben oder Hecken und Erdwällen begrenzt, die zum Schutz gegen das Eindringen von Tier und Mensch dienten, und können eine Fläche von 1-6 ha umfassen. Häufig finden sich gewerbliche Anlagen und Gräber außerhalb dieser umwehrten Anlagen. Auf der Basis der verfügbaren (nicht systematisch erhobenen) Daten muss davon ausgegangen werden, dass in der Fläche ein Bodenarchiv zur Geschichte der Menschen erhalten ist, von dem derzeit weder die einzelnen Bestandteile bekannt sind, noch dessen Bedeutung im denkmalrechtlichen Sinne fixiert ist. Zur Bewertung der Planung hinsichtlich der Auswirkungen auf das archäologische Kulturgut und damit für die Erarbeitung des Umweltberichtes sind daher zunächst weitere Untersuchungen erforderlich, um in der Folge die Wahl der Standorte u.a. mit diesem Ergebnis in ein ausgewogenes Verhältnis zu bringen.	
Ich weise darauf hin, dass dies unabhängig von der Eintragung in die Denkmalliste auch für nur "vermutete" Bodendenkmäler (§ 3 Abs. 1 Satz 4 DSchG) gilt. Den Erhalt der Bodendenkmäler gilt es durch geeignete, die Bodendenkmalsubstanz langfristig sichernde Darstellungen und Festsetzungen zu erreichen.	
Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die Anlagenstandorte als solche noch nicht fixiert sind und dass deren Realisierung ein weiteres Planungs- bzw. Genehmigungsverfahren voraussetzt, besteht die Möglichkeit der Abstufung der Prüfung auf dieses Folgeverfahren.	

0. "			
·	nahmen	Stellungnahme der Verwaltung	
der hier deutung	Sie beabsichtigen, diesen Weg zu wählen bitte ich Sie jedoch, im Rahmen vorliegenden Flächennutzungsplanänderung auf die archäologische Beder Fläche sowie die möglichen daraus resultierenden Einschränkungen et der §§ 1 Abs. 3, 3, 4, 9, 11 und 29 DSchG NW hinzuweisen.		
20.1.b	Beschlussempfehlung		
Die vorgetragenen Anregungen und Hinweise des LVR – Amt für Bodendenkmalpflege im Rheinland werden berücksichtigt und in die 50. Flächennutzungsplanänderung aufgenommen.			
21	NEW Netz GmbH		
21.1	1.1 Mit Schreiben vom 17.01.2017		
21.1.a	1.1.a Keine Bedenken		
Von Seite	en der NEW werden keine Bedenken geäußert.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.	
		Es werden keine Bedenken erhoben.	
21.1.b	21.1.b Beschlussempfehlung		
Die Stell	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.		
22	Gemeinde Waldfeucht: Ordnung und Soziales		
22.1	2.1 Mit Schreiben vom 03.02.2017		
22.1.a	22.1.a Kampfmittelbeseitigung		
bei der	ücksprache mit dem Kampfmittelräumdienst macht eine Luftbildauswertung Größe der Fläche keinen Sinn, weil nicht auf jeder Fläche später Boden- erfolgen.	Die konkrete Beantragung der Kampfmitteluntersuchung und die Berücksichtigung der hieraus gewonnen Erkenntnisse betreffen die Ebene der Genehmigungsplanung bzw. Bauausführung. Da die Möglichkeit der Kampfmittelräumung besteht,	

Stellungnahmen der Verwaltung zu den Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange aus der Frühzeitigen Beteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB

Stellungnahmen	Stellungnahme der Verwaltung
Deshalb sollte darauf hingewiesen werden, dass vor Baubeginn über die örtliche Ordnungsbehörde eine Luftbildauswertung beantragt werden kann.	stellen evtl. vorhandene Kampfmittel die Vollziehbarkeit der Planung nicht in Frage.

22.1.b Beschlussempfehlung

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

23 RWE Power AG Abt. GEO-LN

23.1 Mit Schreiben vom 06.02.2017

23.1.a Humose Böden

Fläche Ost und Fläche 2:

Wir weisen darauf hin, dass die Bodenkarte des Landes Nordrhein-Westfalen, Blatt L 4902, in einem Teil des Plangebietes, wie in der Anlage "blau" dargestellt, Böden ausweist, die humoses Bodenmaterial enthalten.

Humose Böden sind empfindlich gegen Bodendruck und im Allgemeinen kaum tragfähig.

Erfahrungsgemäß wechseln die Bodenschichten auf kurzer Distanz in ihrer Verbreitung und Mächtigkeit, so dass selbst bei einer gleichmäßigen Belastung diese Böden mit unterschiedlichen Setzungen reagieren können.

Dieser Teil des Plangebietes ist daher wegen der Baugrundverhältnisse gemäß § 5 Abs. 3 Nr. 1 BauGB durch eine Umgrenzung entsprechend der Nr. 15.11 der Anlage zur Planzeichenverordnung als Fläche zu kennzeichnen, bei deren Bebauung ggf. besondere bauliche Maßnahmen, insbesondere im Gründungsbereich, erforderlich sind.

Hier sind die Bauvorschriften des Eurocode 7 "Geotechnik" DIN EN 1997 - 1 mit nationalem Anhang, die Normblätter der DIN 1054 Baugrund- Sicherheitsnachweise im Erd- und Grundbau und der DIN 18 196 "Erd- und Grundbau; Bodenklassifikation für bautechnische Zwecke" sowie die Bestimmungen der Bauordnung des Landes Nordrhein-Westfalen zu beachten.

Die Stellungnahme wird berücksichtigt. Die von humosem Bodenmaterial betroffenen Bereiche werden als "Flächen, bei deren Bebauung besondere bauliche Vorkehrungen gegen äußere Einwirkungen erforderlich sind (hier: humose Böden) gekennzeichnet. Zusätzlich wird der nachfolgende Hinweis in die 50. Flächennutzungsplanänderung aufgenommen:

"Humose Böden

Die Bodenkarte des Landes Nordrhein-Westfalen, Blatt L 4902 weist für die als "Flächen, bei deren Bebauung besondere bauliche Vorkehrungen gegen äußere Einwirkungen erforderlich sind; hier: humose Böden, gekennzeichneten Flächen Böden auf, die humoses Bodenmaterial enthalten können. Humose Böden sind empfindlich gegen Bodendruck und im Allgemeinen kaum tragfähig. Erfahrungsgemäß wechseln die Bodenschichten auf kurzer Distanz in ihrer Verbreitung und Mächtigkeit, so dass selbst bei einer gleichmäßigen Belastung diese Böden mit unterschiedlichen Setzungen reagieren können.

Hier sind die Bauvorschriften des Eurocode 7 "Geotechnik" DIN EN 1997 - 1 mit nationalem Anhang, die Normblätter der DIN 1054 Baugrund- Sicherheitsnachweise im Erd- und Grundbau und der DIN 18 196 "Erd- und Grundbau; Bodenklassifikation für bautechnische Zwecke" sowie die Bestimmungen der Bauordnung des Landes Nordrhein-Westfalen zu beachten."

Stellungnahmen der Verwaltung zu den Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange aus der Frühzeitigen Beteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB

Stellungnahmen

Fläche West:

Nach Befragung unserer möglicherweise betroffenen Fachabteilungen teilen wir Ihnen mit, dass nach unserem heutigen Kenntnisstand Belange unserer Gesellschaft durch das vorgenannte Planvorhaben nicht berührt werden.

Stellungnahme der Verwaltung

Aussagen bzgl. der vorhandenen Böden wurden bereits in den Umweltbericht aufgenommen.

Die vorgetragenen Belange erfordern keine Änderung der Plankonzeption, da sie auf der nachgelagerten Ebene der Genehmigung nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz, z.B. durch bautechnische Maßnahmen abschließend bewältigt werden können. Insbesondere da nur ein untergeordneter Teil des Plangebietes von humosem Bodenmaterial betroffen ist. Insofern bestehen hinreichende Planungsalternativen bei deren Berücksichtigung keine Böden mit humosem Bodenmaterial überbaut werden müssen. Die Vollziehbarkeit der Planung wird somit nicht in Frage gestellt.

23.1.b Beschlussempfehlung

Die vorgetragenen Anregungen und Hinweise der RWE Power AG Abt. GEO-LN werden berücksichtigt und in die 50. Flächennutzungsplanänderung aufgenommen.

24 Kreis Heinsberg, Untere Immissionsschutzbehörde

24.1 Mit Schreiben vom 24.01.2017

24.1.a Schall / Schatten / Wirtschaftlichkeit

aus immissionsschutzrechtlicher Sicht bestehen gegen das Vorhaben keine Bedenken, sofern die Immissionsrichtwerte für Schall und Schattenwurf an den Immissionsorten sicher eingehalten werden.

Diese werden in der Regel erst im anschließenden immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren vorhabenbezogen untersucht und entsprechend geregelt. Ob dann die Anlagen unter Einhaltung der Richtwerte an den ausgewählten Standorten noch wirtschaftlich betrieben werden können, kann auf Grundlage der vorliegenden Planungsunterlagen nicht bestimmt werden.

Unter Berücksichtigung der gewählten Vorsorgeabstände von 600 m zu Allgemeinen Siedlungsbereichen, 800 m zu Siedlungsbereichen und 500 m zu Wohnnutzungen im Außenbereich (Einzelhöfen) ist davon auszugehen, dass eine Einhaltung der gültigen Immissionsrichtwerte möglich ist. Bei der Bemessung der Vorsorgeabstände wurde auf allgemeine Erfahrungswerte zurückgegriffen. Diese Vorgehensweise entspricht den Vorgaben des Windenergieerlasses.⁴

Eine abschließende Überprüfung der Wirtschaftlichkeit möglicher Windenergieanlagen ist ohne Kenntnis der konkreten Anlagenkonfiguration nicht möglich und betrifft somit die nachgelagerte Ebene der Genehmigung nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz. Es gibt jedoch bereits Interessenten, die eine Errichtung von

-

⁴ Windenergieerlass NRW 2015, 8.2.1

Stellung	nahmen	Stellungnahme der Verwaltung
		Windenergieanlagen auf der zusätzlich zur Ausweisung vorgesehenen Fläche 2 anstreben. Aufgrund dessen ist von einem wirtschaftlichen Betrieb der Anlagen an diesem Standort auszugehen.
		Ferner sind die Konzentrationszonen "Ost" und "West" fast vollständig mit Windenergieanlagen bebaut, also ein wirtschaftlicher Betrieb von Windenergieanlagen innerhalb dieser Flächen nachgewiesenermaßen möglich.
24.1.b	Beschlussempfehlung	
Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.		
25	Wasserverband EifelRur	
25.1	1 Mit Schreiben vom 03.02.2017	
25.1.a	5.1.a Keine Bedenken	
seitens d	es Wasserverbandes Eifel-Rur bestehen keine Bedenken gegen das Vorhaben.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
		Es werden keine Bedenken erhoben.
25.1.b	Beschlussempfehlung	
Die Stell	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.	
26	Wintershall Holding GmbH	
26.1	Mit Schreiben vom 19.01.2017	
26.1.a	Bergbau	
	mliche Geltungsbereich der o. g. Maßnahme befindet sich innerhalb des ntlichen Erlaubnisfeldes "Rheinland" der Wintershall Holding GmbH. Hier-	Die vorgetragenen Belange erfordern keine Änderung der Plankonzeption, da alleinig durch die Lage des Plangebietes auf den bezeichneten Feldern keine boden-

Stellungnahmen	Stellungnahme der Verwaltung
bei handelt es sich um eine öffentlich-rechtlich verliehene Berechtigung zur Aufsuchung und Gewinnung von Kohlenwasserstoffen.	rechtlichen Spannungen ausgelöst werden und die Umsetzung des Vorhabens sowie die Ausübung der beabsichtigten Nutzung unberührt bleiben.
Wir bitten Sie, nachrichtlich einen entsprechenden Hinweis auf das Erlaubnisfeld in die Begründung aufzunehmen. Einschränkungen für die Durchführung der o.g. Maßnahme ergeben sich hierdurch nicht. Unsererseits sind in diesem Raum bisher keine bergbaulichen Tätigkeiten erfolgt und zurzeit auch nicht geplant. Es bestehen keine Bedenken gegen die Durchführung der Maßnahme.	Zusätzlich werden Beschreibungen bzgl. der vorgetragenen Belange in den Umweltbericht zu 50. Flächennutzungsplanänderung aufgenommen.

Beschlussempfehlung 26.1.b

Die vorgetragenen Anregungen und Hinweise der Wintershall Holding GmbH werden berücksichtigt und in die 50. Flächennutzungsplanänderung aufgenommen.